

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington



THINK TANK UPDATE
JULI 2003

Themen

- Kissinger Syndrome
- Irak
- Heimatschutz
- öffentliche Meinung und Zivilgesellschaft

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 8. August 2003

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
20005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Kissinger Syndrome, Irak, Heimatschutz und Zivilgesellschaft

In den USA wird die enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik unter dem Stichwort „Kissinger Syndrome“ zusammengefasst. Die politische Heimat des Präsidenten bestimmt dabei oft, welchen Wissenschaftlern er sein Gehör schenkt. In diesem Monat haben sich Joseph Nye und andere Kritiker klassischer Machtpolitik zu Wort gemeldet und Zukunftsszenarien für ihr Land entworfen. Im Auftrag des Council on Foreign Relations haben unabhängige Task Forces neue Studien zum Heimatschutz und zu Nachkriegsszenarien im Irak veröffentlicht, die viel politischen und öffentlichen Wind aufgewirbelt haben. Außerdem: Das neue Entwicklungshilfekonzept der Regierung, Stärkung der Zivilgesellschaft durch Freiwilligendienste, Demokratie und Medien in Kriegszeiten sowie transatlantische Verstimmungen über „Galileo“.

Neue Analysen zum Irak

Der neue Bericht der vom **Council on Foreign Relations (CFR)** gesponserten **Independent Task Force on Post-Conflict Iraq** ist in Washingtons politischen Kreisen mit Spannung erwartet worden. Zur Erinnerung: In ihrem ersten Bericht hatte die Task Force vermutet, dass die Stabilisierung und Rekonstruktion des Iraks bis zu \$20 Milliarden kosten würde und dass die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit unerlässlich für ein solches Unterfangen sei. Nun werfen die Mitglieder der Gruppe, die von dem früheren Verteidigungsminister **James R. Schlesinger** und dem ehemaligen amerikanischen Botschafter bei den VN, **Thomas Pickering**, geleitet wird, der Administration eine fehlende klare politische Vision für den Irak vor. Die Einbindung der irakischen Öffentlichkeit und multilateraler Partner sei bisher nicht erfolgreich. Auch die Rolle der USA bei der Wiederherstellung irakischer Ölexporte sei bisher nicht eindeutig. (http://www.cfr.org/pdf/Iraq_DayAfter_TF.pdf und http://www.cfr.org/pdf/Iraq_Memo.pdf).

Carnegie Endowment for International Peace (CEIP) und das zur Institution gehörende *Foreign Policy Magazine* haben einen „Special Report“ zur Nachkriegsstrategie im Irak veröffentlicht. Prominente Autoren wie CEIP Präsidentin **Jessica Matthews** und der Publizist **Robert Kagan**, der für CEIP im Programm „U.S. Leadership“ arbeitet, versuchen viele Fragen zu beantworten: Hat der Irakkrieg

den weltweiten Terrorismus eingedämmt oder ausgeweitet? Was bedeutet Saddam Husseins Sturz für andere Diktatoren? Wird der Irakkrieg zu einem neuen globalen Konsens über die Handhabung von Massenvernichtungswaffen führen? Und wie lässt sich der Irak am besten wieder aufbauen? „From Victory to Success: Afterwar Policy in Iraq“ ist der dritte Report einer CEIP Serie seit Herbst vergangenen Jahres. (http://www.foreignpolicy.com/issue_julaug_2003/afterwar.pdf).

In seinem neuen Buch „America's Role in Nation-Building: From Germany to Iraq“ beschäftigt sich **James Dobbins**, Direktor des **International Security and Defense Policy Center** bei der **RAND Corporation**, mit dem Wiederaufbau des Irak aus historischer Sicht. Vormalig auf dem diplomatischen Parkett zu Hause, analysiert Dobbins nun mehr als 50 Jahre amerikanischer Bemühungen, besiegte und gebrochene Gegner zu demokratischen und prosperierenden Partnern umzuwandeln. Für den Irak gelte, dass eine solche Transformation zwar schwierig, aber nicht unmöglich sei.

Im aktuellen *National Security Outlook* des **American Enterprise Institute (AEI)** schreibt **Thomas Donnelly**, dass die amerikanischen Militäroperationen im Irak wertvolle Lektionen für den globalen Kampf gegen den Terrorismus seien. Der „ultimative Preis“ des Konflikts sei nicht einfach nur Saddam Husseins Waffenprogramm gewesen, sondern die Chance, eine neue internationale Ordnung aufzubauen. „Der Kampf zwischen politischer Freiheit und repressivem Islamismus“ werde nun „im Herzen der arabischen Welt“ geführt. Und das sei ein Kampf, so Donnelly, den „wir nicht verlieren dürfen“.

(http://www.aei.org/publications/filter.,pubID.18061/pub_detail.asp).

Im Juli/August Heft von *Foreign Affairs* beschreibt **Kenneth M. Pollack**, Forschungsdirektor des **Saban Center for Middle East Policy** bei **Brookings**, was Realpolitiker schon lange befürchtet haben. Der britisch-amerikanische Militärsieg im Irak hat zwar **Saddam Hussein** von seinem Diktatorensitz vertrieben, doch „Securing the Gulf“, die erhoffte Stabilisierung der Golf-Region, hat sich nicht eingestellt. Pollack, bis 2001 selbst noch Direktor für Persian Gulf Affairs beim **National Security Council** warnt, dass der Irak als Stabilitätsanker der Region schon jetzt fehle. Weiter destabilisierend seien das iranische

Nuklearwaffenprogramm und die aufflammenden Unruhen in den Staaten des „Gulf Cooperation Council“.

Innenpolitisch könnte Iraks Zukunft von der „wieder zu Kräften gekommenen“ schiitischen Mehrheit abhängen. Denn diese hat, so glaubt **Yitzhak Nakash** von der **Brandeis University** in seinem Artikel für *Foreign Affairs* – „The Shi'ites and the Future of Iraq“ – zwei Möglichkeiten die Politik des Landes zu bestimmen: Sie könnte eine islamische Regierung nach iranischem Muster etablieren oder zustimmen, die politische Macht mit anderen Gemeinschaften zu teilen.

Neue Analysen zur Lage der Nationalen Sicherheit

Ein weiterer Bericht einer **Independent Task Force** des **Council on Foreign Relations (CFR)** hat in den letzten Wochen für Schlagzeilen gesorgt. Unter dem Titel „Emergency Responders: Drastically Underfunded, Dangerously Unprepared“ schreibt die hochkarätig besetzte Task Force unter Leitung des früheren Senators **Warren Rudman**: „Fast zwei Jahre nach 9/11 sind die Vereinigten Staaten weiterhin gefährlich unvorbereitet und unterfinanziert für den Fall einer katastrophalen Terrorattacke“. Allein um auf den Notfall reagieren zu können, müssten die Ausgaben mindestens verdreifacht werden.

(http://www.cfr.org/pdf/Responders_TF.pdf).

Oggleich politisch brisant, dürfte das Ergebnis der nach „9/11“ ins Leben gerufenen Task Force nicht überraschen. Schon im Herbst 2002 war eine andere **CFR Task Force** zur Analyse von „Homeland Security“ unter dem Titel „America – Still Unprepared, Still in Danger“ zu einem ähnlichen Schluss gekommen.

(http://www.cfr.org/pdf/Homeland_Security_TF.pdf).

Die **RAND Corporation** fragt, ob der Kampf der USA gegen den Terror zu dessen Eindämmung geführt hat. In seiner unabhängigen Kosten-Nutzen-Analyse kommt Autor **Benjamin Zycher** zu dem vorläufigen Ergebnis, dass die öffentliche Hand bisher zuwenig ausgegeben hat, um den Terror effektiv bekämpfen zu können. Außerdem fragt Zycher, wie sich die effektive Terrorsindämmung am besten finanzieren ließe. (<http://www.rand.org/publications/MR/MR1693/MR1693.pdf>).

Außenpolitik und Öffentliche Meinung

Der Krieg im Irak und „9/11“ haben ein neues Licht auf die Arbeit der Medien geworfen. Für die **Brookings Institution** und das renommierte **Shorenstein Center on the Press** der **Harvard University** sind jetzt so bekannte Journalisten wie **Ted Koppel** (ABC), **Peter Arnett** (ehem. NBC, heute Daily Mirror), **Claus Kleber** (ZDF) und Regierungsvertreter wie **Victoria Clarke** (ehem. Pressesprecherin des Pentagon), **Lawrence S. Eagleburger** (US Außenminister unter **George H. Bush**) zusammengekommen, um das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen Medien, Regierung und Öffentlichkeit zu analysieren. Auch die Sommerausgabe des **Brookings Review** beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Öffentlichkeit, Demokratie und Politik. Die Artikel finden sich online unter: http://www.brookings.edu/press/review/rev_des.htm.

Für das **American Enterprise Institute (AEI)** hat sich **Karlyn Bowman** in einer ausführlichen Studie dem gleichen Thema gewidmet.

(http://www.aei.org/docLib/200307241_terrorism2003.pdf).

Amerikanische „Supermacht“, Außenpolitik und die Rolle des Präsidenten

Joseph Nye, Dekan **der Harvard Kennedy School of Government** und Begründer des „soft power“ Konzeptes fragt in der neuen Ausgabe von *Foreign Affairs*, wie es sich nach dem Irakkrieg mit der Macht der USA verhält. Unter dem Titel „U.S. Power and Strategy After Iraq“ warnt Nye die Administration von George W. Bush davor, in alten Machtkategorien zu denken. Die Welt habe sich so verändert, dass realistisches Machtdenken nicht mehr in die heutige globale Realität passe. Auch für die „dominanteste Macht seit Rom“ reicht es Nye zufolge nicht mehr aus, Ziele militärisch durchsetzen zu wollen. Vielmehr komme es auf Ideen, Werte und Kooperation an. Sein Kollege **Andrew Moravcsik** schließt sich an: Vor allem die Kooperation mit Europa sei nun wichtig. Und diese lasse sich nicht dadurch verwirklichen, dass Europa Amerika „bei den Hörnern packe“ und eine unabhängige europäische Militärmacht aufbaue.

Robert Jervis von der **Columbia University** warnt die USA davor, allzu leichtfertig mit ihrer Macht umzugehen. In der Sommerausgabe von *Foreign Policy* beschreibt Jervis, was „Realpolitiker“ seit den Napoleonischen Kriegen als wiederkehrendes Muster der Internationalen Politik erkennen: „Nationen mit einer unangefochtenen

Machtposition definieren ihre Interessen stets neu“. Statt der eigenen nationalen Sicherheit Priorität einzuräumen, weiteten Supermächte ihre Interessen „expansiv und global“ aus. Die größte Herausforderung für die USA sei es, so Jervis, dem eigenen „missionarischen Eifer“ zu widerstehen. Nur so lasse sich die eigene Machtposition erhalten.

Privatisierung der Sozialen Sicherung und Freiwilligendienst und Informationsrevolution

Seit dem „Welfare Reform Act“ aus dem Jahr 1996 hat sich die soziale Sicherungslandschaft in den USA teilweise von Grund auf erneuert. Private Unternehmen und Non-Profit Organisationen stellen heute Dienste bereit, die zuvor zu den primären Aufgaben des Staates gezählt haben. In „Welfare Market Place“ beschreibt und analysiert **M. Bryna Sanger** vom **Brookings Center for Public Service** die Entwicklung des soziale Sicherungssystems seit der Öffnung für den marktwirtschaftlichen Wettbewerb.

“Frage nicht was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst“, mahnte **John F. Kennedy** seine Mitbürger. Zivilgesellschaft in Form von Freiwilligenarbeit wird in den USA viel Bedeutung beigemessen. Deshalb diskutiert Amerika nun über die Gründung eines „National Service“. Unter Präsident **Bill Clinton** gründeten sich die **AmeriCorps**. In seiner 2002 Rede zur Lage der Nation rief Bush die Amerikaner auf, ein oder zwei Jahre ihres Lebens in den Dienst des Landes zu stellen und kündigte die Gründung der **USA Freedom Corps** an. Seitdem fungiert die Organisation als Vermittlungsstelle für zehntausende Freiwillige in alle Bereichen der Gesellschaft. **E.J. Dionne** und **Kayla Meltzer Drogosz** von der **Brookings Institution** beschreiben unter dem Titel „The Promise of National Service“, warum es über die Idee des “nationalen Services“ trotz großen Andrangs noch viel zu diskutieren gibt.

<http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb120.htm>).

Im Wettlauf um die Revolution der Informationstechnologie werden die USA auch weiterhin den Ton angeben. So zumindest lautet das Ergebnis einer neuen Studie des **National Defense Research Institute** der **RAND Corporation**. Und dies aus drei Gründen: Die amerikanische Industrie konzentrierte sich auf Innovationen;

Amerikaner seien bereit Wandel zu akzeptieren; die Regierung Sorge für ein IT-Industrie freundliches Klima. Während sich andere Staaten auf den Schutz existierender Industrien und Institutionen konzentrierten, würden die USA eine „kreative Zerstörung“ vorantreiben, meint Autor **Richard Hundley**. (<http://www.rand.org/publications/MR/MR1680/>).

Amerikanische Entwicklungshilfe

Ein Jahr ist es her, dass Präsident **George W. Bush** das „Millennium Challenge Account“ (MCA) angekündigt hat. Seither haben Experten das Programm fast durchweg positiv bewertet. Durch das MCA würde sich die bilaterale Entwicklungshilfe der USA um \$5 Milliarden pro Jahr erhöhen. Wie dieses Geld erfolgreich Reformen in Entwicklungsländern unterstützen könnte, versuchen **Lael Brainard** und **Carol Graham** im Auftrag der **Brookings Institution** zu beantworten. Das MCA, so die Autoren, sei unter anderem ein geeignetes Instrument, mit dem die US-Regierung ihre Entwicklungspolitik multilateral gestalten könne.

Nigel Purvis von der **Brookings Institution** sieht im MCA eine „großartige Möglichkeit, globale Armut zu bekämpfen und US Entwicklungshilfe effektiver zu gestalten“. Der Entwurf von Präsident Bush sei allerdings noch nicht ausgereift, denn er befasse sich nicht mit ökologischen Gesichtspunkten und langfristigem Wirtschaftswachstum. (<http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb119.htm>).

Eine Afrikanische Währungsunion?

Afrika ist auf der Suche nach Konzepten, die Entwicklungsprobleme wie Bürgerkrieg, Korruption, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, undisziplinierte Fiskal- und Geldpolitik, fehlende Infrastruktur und geringe Investitionen verringern und beseitigen sollen. Seit der Gründung von **NEPAD** liebäugeln viele afrikanische Staaten mit einer Währungsunion nach europäischem Vorbild. Doch eine gemeinsame Währung, so das Ergebnis der Studie „Africa’s Economic Morass – Will a Common Currency Help?“ von **Paul Masson** und **Heather Milkiewicz** von der **Brookings Institution**, wird die Probleme des Kontinents nicht zu lösen vermögen.

(<http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb120.htm>).

Eine Teilschuld für die „Misere Afrikas“ sehen **Kevin Hassett** und **Robert Shapiro** vom **American Enterprise Institute** bei der Europäischen Union. Die EU-Beihilfen für die eigene Landwirtschaft seien nicht nur ineffizient, sondern auch „extrem

schädlich“ für Afrikas „arme Farmer“. Wirtschaftlich rechtfertigen ließe sich der Protektionismus der EU nicht. Vielmehr stelle sich die EU mit ihrer Politik, vielen landwirtschaftlichen Produkten aus Afrika den Zutritt zum EU-Markt zu verwehren, wirtschaftlich selbst ein Bein.

(http://www.aei.org/publications/filter..pubID.17839/pub_detail.asp).

Antiamerikanismus, Großbritannien zwischen EU und USA sowie transatlantischer Streit um Galileo

Newt Gingrich, früher Sprecher des Abgeordnetenhauses und heute Fellow beim **American Enterprise Institute**, sieht die Welt von einer Welle des Antiamerikanismus überrollt. Schuld daran sei das **State Department**, das „Prinzipien gegen Passivität“ eingetauscht hätte. In *Foreign Policy* spricht Gingrich sich unter dem Titel „Rouge State Department“ daher für eine fundamentale Reform des State Departments aus, so dass die Werte und Ziele „des Präsidenten“ im Ausland Erfolg versprechend kommuniziert werden könnten.

Anatol Lieven vom **Russland und Eurasien Programm** bei **Carnegie Endowment for International Peace** glaubt, dass Großbritannien Amerikas Tor nach Europa sei. Doch die Politik der **Bush** Administration habe dazu geführt, dass die britische Öffentlichkeit den USA noch feindseliger gegenüberstehe als zur Zeit des Vietnamkriegs. Amerika müsse verstehen, dass es Großbritannien keine Wahl abverlangen dürfe zwischen Europa und den USA. Denn eine Entscheidung für Europa sei nicht unwahrscheinlich und dann verlören die USA den letzten wichtigen westlichen Verbündeten.

(<http://www.ceip.org/files/pdf/Policybrief25.pdf>).

Eine neue transatlantische Unstimmigkeit entwickelt sich derzeit um das europäische Gemeinschaftsprojekt **Galileo** (es handelt sich um ein unabhängiges Satellitennavigationssystem). Diese Unstimmigkeit dürften die USA nach Meinung von **David Braunschvig**, **Richard Garwin** und **Jeremy Marwell** nicht zum Konflikt werden lassen. In *Foreign Affairs* schreiben die Autoren, dass es auf „Space Diplomacy“ ankomme: Die USA sollten Galileo zum Anlass nehmen, das eigene Satellitennavigationssystem **GPS** umzubauen und zu verbessern.

What's New?

Personalumbau im Finanzministerium und Wirtschaftsberaterstab des Präsidenten

Der Personalumbau im Stab der Wirtschaftswissenschaftler um Präsident Bush geht weiter. **Susan Schwab**, derzeit noch Präsidentin der **Public Affairs School** der **University of Maryland** wird neue stellvertretende Finanzministerin. Sie ist damit die Nachfolgerin von Kenneth Dam, der im Februar zurückgetreten war. Dam ist seitdem Senior Fellow bei **Brookings** (siehe Think Tank Update März/April 2003).

Jetzt sind fast alle der höchsten Posten der Administration im Bereich Wirtschaft neu besetzt. **Paul O'Neill** und **Larry Lindsey** waren im Dezember unfreiwillig zurückgetreten. Anfang des Jahres hatten sich daraufhin auch Glenn Hubbard, der Vorsitzende des **Council of Economic Advisers** und sein Stellvertreter **Randall Kroszner** aus dem Dienst des Präsidenten verabschiedet. **Mitch Daniel**, Direktor für den Haushalt im Weißen Haus hat seinen Rücktritt ebenfalls angekündigt. Wer künftig wo seinen Platz in der Washingtoner Think Tank Landschaft finden wird, ist noch offen.

James M. Lindsay geht zum Council on Foreign Relations

James M. Lindsey, zurzeit stellvertretender Direktor und Senior Fellow beim Foreign Policy Studies Program der **Brookings Institution**, wechselt im September zum **CFR**. Als neuer Vizepräsident und Direktor für Studien wird er beim CFR den **Maurice R. Greenberg Lehrstuhl** innehaben. Lindsays Expertise umfaßt die Außenpolitik der Administration, Raketenabwehr und Globalisierung.

Leon Kass und William Schneider vom AEI mit Harvard Award ausgezeichnet

Leon Kass und **William Schneider** sind mit der **Harvard University Graduate School of Arts and Sciences (GSAS) Centennial Medal** ausgezeichnet worden. Kass gilt als einer der führenden Bioethiker der USA. Präsident **George W. Bush** hat ihn 2001 zum Vorsitzenden seines **Council on Bioethics** ernannt. Der gelernte Arzt und Biochemiker ist Fellow bei **AEI** und stellvertretender Direktor des **Olin Centers der University of Chicago**. Der Journalist William Schneider ist einer der bekanntesten politischen Kommentatoren der USA – der *Boston Globe* nannte ihn einst den „Aristoteles der amerikanischen Politik“. Schneider ist Resident Fellow

beim AEI und Mitherausgeber der *Los Angeles Times*, des *National Journal* und des *Atlantic Monthly*. Die Auszeichnung beschränkt sich auf Absolventen der GSAS. Kandidaten müssen nominiert werden; die Entscheidung über die Auszeichnung liegt bei der [Harvard Corporation](#).

Bibliographie

Karlyn Bowman, America After 9/11. Public Opinion on the War on Terrorism, the War with Iraq, and America's Place in the World, Washington, DC, RAND Corporation, 2003. Onlineversion:

http://www.aei.org/docLib/200307241_terrorism2003.pdf.

Lael Brainard, Carol Graham et al, The Other War. Global Poverty and the Millennium Challenge Account, Washington, DC, The Brookings Institution Press and the Center for Global Development, 2003, 192 S, \$ 18,95.

David Braunschvig, Richard Garwin und Jeremy Marwell, Space Diplomacy, Foreign Affairs, Vol. 82, Nr. 4, Juli/August 2003.

The Brookings Review, Polling and Public Opinion, Summer 2003 Vol.21 No.3.

Onlineversion: http://www.brookings.edu/press/review/rev_des.htm.

M. Bryna Sanger, The Welfare Market Place. Privatization and Welfare Reform. A Center for Public Service Report, Washington, DC, 150 S, \$16,95.

Carnegie Endowment for International Peace und Foreign Policy Magazine, From Victory to Success: Afterwar Policy in Iraq, Washington, DC, Juli/August 2003.

Onlineversion: http://www.foreignpolicy.com/issue_julaug_2003/afterwar.pdf.

E.J. Dionne und Jr., Kayla Meltzer Drogosz, The Promise of National Service: A (Very) Brief History of an Idea, Policy Brief #120, Washington, DC, The Brookings Institution, Juni 2003. Onlineversion:

<http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb120.htm>.

James Dobbins u.a., America's Role in Nation-Building: From Germany to Iraq, Washington, DC, 266 S, \$35,00.

Thomas Donnelly, Lessons and Implications from the Iraqi Theater, National Security Outlook, Washington, DC, American Enterprise Institute, August 2003.

Onlineversion: http://www.aei.org/publications/filter.,pubID.18061/pub_detail.asp.

Newt Gingrich, Rouge State Department, Foreign Policy, Juli/August 2003, S. 42-48.

Kevin Hassett und Robert Shapiro, How Europe Sows Misery in Africa, On the Issues, Washington, DC, American Enterprise Institute, Juni 2003. Onlineversion:

http://www.aei.org/publications/filter.,pubID.17839/pub_detail.asp.

Stephen Hess und Marvin Kalb (Hrsg.), The Media and the War on Terrorism, Washington, DC, The Brookings Institution Press, 2003, 320 S, \$22,95.

Richard O. Hundley u.a., The Global Course of the Information Revolution: Recurring Themes and Regional Variations, Washington, DC, RAND Corporation, 2003, 210 S, \$30,00. Onlineversion: <http://www.rand.org/publications/MR/MR1680/>.

Independent Task Force on Post-Conflict Iraq, Iraq: The Day After, Report of an Independent Task Force sponsored by the Council on Foreign Relations, New York, 2003. Onlineversion: http://www.cfr.org/pdf/Iraq_DayAfter_TF.pdf.

Independent Task Force on Post-Conflict Iraq, Chair's Update, Report of an Independent Task Force sponsored by the Council on Foreign Relations, New York, 2003. Onlineversion: http://www.cfr.org/pdf/Iraq_Memo.pdf.

Independent Task Force, Emergency Responders. Drastically Underfunded, Dangerously Unprepared, Report of an Independent Task Force sponsored by the Council on Foreign Relations, New York, 2003. Onlineversion: http://www.cfr.org/pdf/Responders_TF.pdf.

Independent Task Force, America – Still Unprepared, Still in Danger, Report of an Independent Task Force sponsored by the Council on Foreign Relations, New York, 2002. Onlineversion: http://www.cfr.org/pdf/Homeland_Security_TF.pdf.

Robert Jervis, The Compulsive Empire, Foreign Policy, Juli/August 2003, S. 82 -87.

Anatol Lieven, The Hinge to Europe. Don't Make Britain Choose Between the U.S. and the E.U., Policy Brief #25, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, August 2003. Onlineversion: <http://www.ceip.org/files/pdf/Policybrief25.pdf>.

Paul R. Masson und Heather Milkiewicz, Africa's Economic Morass – Will a Common Currency Help?, Policy Brief #121, Washington, DC, The Brookings Institution, Juli 2003. Onlineversion: <http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb120.htm>.

Andrew Moravcsik, Striking a New Transatlantic Bargain, Foreign Affairs, Vol. 82, Nr. 4, Juli/August 2003.

Moisés Naím, Cheap Dollar Diplomacy. Worries About U.S.-European Estrangement Overlook the Real Threat: The Falling U.S. Dollar, Foreign Policy, Juli/August 2003.

Yitzhak Nakash, The Shi'ites and the Future of Iraq, Foreign Affairs, Vol. 82, Nr. 4, Juli/August 2003.

Joseph S. Nye, Jr., U.S. Power and Strategy After Iraq, Foreign Affairs, Vol. 82, Nr. 4, Juli/August 2003.

Kenneth M. Pollack, Securing the Gulf, Foreign Affairs, Vol. 82, Nr. 4, Juli/August 2003.

Nigel Purvis, Greening U.S. Foreign Aid Through the Millennium Challenge Account, Policy Brief #119, Washington, DC, The Brookings Institution, Juni 2003. Onlineversion: <http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb119.htm>.

Benjamin Zycher, A Preliminary Benefit/Cost Framework for Counterterrorism Public Expenditures, Washington, DC, RAND Corporation, 72 S. \$18,00. Onlineversion: <http://www.rand.org/publications/MR/MR1693/MR1693.pdf>.

Think Tanks im Internet

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace (ceip): www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

Rand Corporation: www.rand.org